Wir brauchen eine Politik für Kinder

Von F. X. Kaufmann und K. Lüscher

Im Dezember des Jahres 1900 erschien in Schweden ein Buch, dessen Titel mittlerweile zu einem geflügelten Wort geworden ist: „Das Jahrhundert des Kindes“. Es fand zu seiner Zeit starken Widerhall, wie beispielsweise die Tatsache belegt, daß in Deutschland ein Jahr nach Erscheinen der Übersetzung bereits eine vierte Auflage nötig wurde. Die Verfasserin, Ellen Key, widmete es „allen Eltern, die hoffen, im neuen Jahrhundert den neuen Menschen zu bilden“. Den Titel will sie einem Drama von Harald Grote entnommen haben, worin ein älterer Mann einem jüngeren verheißt: „Das nächste Jahrhundert wird das Jahrhundert des Kindes — so wie dieses das der Frau war. Und wenn das Kind zu seinem Recht gekommen ist, dann ist die Sittlichkeit vervollkommnet. Dann weiß jeder Mensch, daß er an das Leben, das er hervorruft, mit anderen Banden geknüpft ist als mit jenen, die die Gesellschaft und die Gesetze auferlegen . . .“.


Kind und Staat

Wir brauchen eine Politik für Kinder

jenigen politischen Instanzen, deren Entscheidungen und Maßnahmen die Kinder betreffen: 'Politik für Kinder' zielt auf die ausdrückliche Berücksichtigung des Kindeswohls als gesellschaftspolitischem Teilziel bei der Ausgestaltung aller politischen Maßnahmen, von denen Kinder tatsächlich betroffen sind.

In dieser allgemeinen Form dürfte unsere Forderung auf wenig Widerstand stoßen, aber auch recht folgenlos bleiben. Was das 'Kindeswohl' betrifft, so halten wir uns alle für Experten, weil wir Kinder haben oder doch kennen oder zu- mindest gewesen sind. Wirkliche Experten für das Kindeswohl gibt es kaum\textsuperscript{14}: Die Kinderärzte oder die in einzelnen Bundesländern ins Leben gerufenen Kommissionen 'Anwalt des Kindes' versuchen neuerdings, in eine solche Aufgabe hineinzuwachsen, bleiben aber bisher auf der gewiß verdienstvollen Ebene von Einzelempfehlungen oder punctueller Opposition stehen. Welche öffentlichen Maßnahmen dem Kindeswohl förderlich oder abträglich sind und in welcher Hinsicht, hierüber wird in der Regel politisch nur dann gesprochen, wenn bestimmte Maßnahmen aus anderen Gründen gefördert oder bekämpft werden sollen — etwa in der Bildungspolitik: Das Kindeswohl wird zum ideologischen Gemeinplatz, den man dem Gegner um die Ohren schlägt. Von einer systematischen Berücksichtigung der Wirkungen öffentlicher Maßnahmen auf die Lebensverhältnisse unserer Kinder kann bisher nicht die Rede sein, denn wir kennen in der Regel weder die objektiven Auswirkungen bestimmter Maßnahmen, noch herrscht Einigkeit über die zu berücksichtigenden Kindesbedürfnisse.


Lebensverhältnisse der Kinder

Die Frage nach den politisch bedeutsamen Maßstäben des Kindeswohls bringt heute Politiker und Wissenschaftler noch gleichermaßen in Verlegenheit. Wir können im folgenden nur auf einige wenige sozialpolitisch bedeutsame Befunde und auf erste Ansätze wissenschaftlichen Nachdenkens hinweisen, die uns einer Beantwortung dieser Frage näherbringen könnten. In erster Linie handelt es sich darum, abzuklären, welches die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Kinder und Familien sind, welche Veränderungen in jüngerer und jüngster Zeit stattgefunden haben und was für Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen bestehen.

Dem ersten Anschein nach lebt der Großteil der Kinder in der Bundesrepublik in "normalen" Verhältnissen, nämlich über 92 Prozent zu Hause bei beiden Eltern teilen. Doch darunter befindet sich eine nicht genau bestimmbare, zunehmende Zahl von Kindern, die insofern mit besonderen Verhältnissen fertig werden muß, als sie einen Stiefvater oder eine Stiefmutter hat. Dies ist zum größeren Teil auf eine seit 1956 festzustellende Zunahme von Scheidungen zurückzuführen, wobei hervorzuheben ist, daß die Zahl der betroffenen Kinder stärker zunimmt als diejenige der Scheidungen. Dieselbe Entwicklung schlägt sich auch im Anstieg der Zahl alleinstehender geschiedener Eltern nieder. Großenteils handelt es sich um Mütter; ihre Chancen der Wiederverheiratung sind geringer als diejenigen der Vä-
Wir brauchen eine Politik für Kinder

ter. — Eine ebenfalls nicht genau zu ermittelnde Zahl von Kindern verbringt den Tag oder die Woche bei Pflegeeltern; allein von den Jugendämtern werden rund 150 000 Kinder erfaßt. In Heimen wiederum sind schätzungsweise 80 000 Kinder untergebracht.


Für sozusagen alle Kinder hat überdies das Fernsehen nachhaltige Verschiebungen im Tagesablauf gebracht. Der werktägliche Fernsehkonsum, der 1971 für die 4- bis 6jährigen 56 Minuten betrug, für die 7- bis 9jährigen 62 Minuten und für die 10- bis 13jährigen 86 Minuten, hat sich gemäß neuerer Untersuchungen noch ausgeweitet. Dabei wird zwar vieles gemeinsam in der Familie angeschaut, doch die Eindrücke werden von den Kindern größtenteils unter ihresgleichen verarbeitet, so daß insgesamt nicht die Rede davon sein kann, das Fernsehen trage zum Zusammenhalt in der Familie bei. Vielmehr ist anzunehmen, daß wegen des Fernsehens das gemeinsame Gespräch und das gemeinsame Tun oft zu kurz kommen.


Besonders betroffen sind von diesen Entwicklungen die Kinder ausländischer Arbeitskräfte, diejenigen, die in Obdachlosensiedlungen aufwachsen, und in vielerlei Hinsicht auch diejenigen mit körperlichen und seelischen Behinderungen. Nach wie vor bestehen überdies wichtige Unterschiede in den Lebensbedingun-
F. X. Kausmann und K. Lüscher

gen von Kindern auf dem Land und in städtischen Agglomerationen; hingegen
zeigen Unterschiede der Konfession kaum mehr markante Auswirkungen.
Wie wirken sich die genannten und ähnliche Veränderungen und Unterschiede
in den alltäglichen Lebensverhältnissen auf Kinder und Eltern aus? Stehen sie in
einem Zusammenhang mit der markanten Zunahme der Straffälligkeit Jugend-
liecher, die beispielsweise von 1955 bis 1974 bei Diebstahl und Unterschlagung
um 94 Prozent zugenommen hat, bei Raub und Erpressung sogar um 620 Pro-
zent, wesentlich mehr als für die Straffälligen insgesamt, mehr aber auch als für
Vergehen Jugendlicher im Straßenverkehr? Kann man die offensichtliche Zu-
nahme des Drogenkonsums und des Alkoholismus auf Veränderungen der fami-
liären Lebensverhältnisse zurückführen? Ist dies auch für eher qualitative Sach-
verhalte, wie beispielsweise politische Einstellungen, möglich?

Eine Herausforderung für Politik und Wissenschaft

Diese Fragen gewinnen noch an Dringlichkeit, wenn wir zwei weitere Phäno-
mene mit berücksichtigen: Zwischen 1965 und 1975 hat sich die Zahl der Ge-
burten deutscher Eltern ziemlich genau halbiert, und die Häufigkeit verhaltens-
gestörter Kinder nimmt zu. Die erste Aussage ist statistisch exakt zu belegen,
dabei ist der Geburtenrückgang etwa zu einem Drittel auf Veränderungen der
Altersstruktur, zu zwei Dritteln jedoch auf Veränderungen dessen zurückzufüh-
ren, was in der Amtssprache „ehelichen Fortpflanzungsverhalten“ heißt. Für die
zweite Aussage fehlen genaue Statistiken und Vergleichszahlen aus der Ver-
gangenheit, doch belegen gegenwärtige Schätzungen eindrückliche Größenord-
nungen: Nach E. Kloehn soll etwa jedes 5. Grundschulkind unter so schweren
Verhaltensstörungen leiden, daß ohne entsprechende soziale und therapeutische
Hilfen eine Überwindung unwahrscheinlich ist; nur etwa die Hälfte aller Grund-
schüler gilt als symptomfrei. Es liegt auf der Hand, daß beim Zuzammentreffen
von Geburtenrückgang und wachsendem Anteil verhaltensgestörter oder gar
krimineller Kinder und Jugendlicher die Größe des ‚problemlosen Nachwuchs-
es‘ entscheidend reduziert wird und somit das Problem der gesellschaftlichen
Reproduktion in qualitativer und quantitativer Hinsicht an politischer Priorität
zunehmen muß.

Selbst wenn man sich diese von der offiziellen Politik noch weitgehend totge-
schwiegten Probleme eingesteht, so führt dies zunächst nur zu weiteren Fragen
ohne verlässliche Antwort. Wir wissen weder genaueres über die Motive und
Bedingungen des „ehelichen Fortpflanzungsverhaltens“ noch über die Zusam-
menhänge zwischen frühkindlichen Schädigungen, Verhaltensstörungen, späteren
Umwelteinflüssen und dauerhaftem ‚Versagen‘. Die Zusammenhänge sind zu
komplex. Alle bisherigen human- und sozialwissenschaftlichen Forschungsver-
suche haben sich zwangsläufig auf so kleine Ausschnitte der gesamten Bedin-
gungskonstellationen konzentriert, daß aus ihren Erklärungsversuchen keine
brauchbaren Hinweise für politische Maßnahmen zugunsten von Kindern abzu-


Nimmt man dieses ‚Prinzip der multifaktoriellen Genese‘ (H. Schaefer) kindlicher Entwicklungsstörungen ernst, so zeigt sich, weshalb die höchstgesteckten Erwartungen der psychologischen und soziologischen Sozialisationsforschung zurückgenommen werden mußten. Die Vorstellung, man könne kindliche Entwicklung und deren Bedingungen durch wenige Faktoren umfassend klären, muß wahrscheinlich aufgegeben werden.

Für eine Beantwortung der Frage nach den politischen Beeinflussungsmöglichkeiten kindlicher Entwicklungschancen — und nur sie interessiert im vorliegenden Zusammenhang — dürfte eine neue Richtung der Sozialisationsforschung besonderes Interesse verdienen, die im Anschluß an die grundlegenden Arbeiten des

Ausgangspunkt ist die inzwischen allgemein anerkannte These, daß Entwicklung und Sozialisation als ein Prozeß der aktiven Auseinandersetzung des Kindes mit und der Anpassung an seine Umwelt begriffen werden müssen. Wissenschaftlicher Erforschung und insbesondere intentionaler Beeinflussung zugänglich sind jedoch nur die relativ dauerhaften Elemente der kindlichen Umwelt. Es spricht zudem vieles dafür, daß — abgesehen von extremen traumatisierenden Ereignissen — die dauerhaften Elemente der kindlichen Umwelt in ihrem Zusammenhang die am stärksten wirksamen Elemente seiner Sozialisation darstellen. Folglich zielt die ökologische Sozialisationsforschung auf eine möglichst gründliche Erfassung der räumlich-dinghaften, sozialen und handlungsbezogenen Elemente der dauerhaften Umwelt des Kindes sowie ihres jeweiligen Zusammenhanges, also der Struktur der dauerhaften Umwelt.


Diese Beispiele machen deutlich, daß die ökologische Sozialisationsforschung ge-
Wir brauchen eine Politik für Kinder


Thesen

1. Eine Politik für Kinder fordert in erster Linie die ausdrückliche Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen Maßnahmen, die sich auf die Lebensverhältnisse der Kinder auswirken. Dies stellt ein gesellschaftspolitisches Anliegen dar, weil die Pflege und Erziehung des Nachwuchses eine Aufgabe ist, die sich letztlich für die Gesellschaft als Ganzes stellt. Je mehr die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche wechselseitig voneinander abhängig sind, desto vordringlicher erweist es sich, Ziele für eine Politik für Kinder aufzustellen.

2. Eine Politik für Kinder ist erstens darauf ausgerichtet, zusehends bessere allgemeine Lebensverhältnisse für die Kinder zu schaffen und die Benachteiligungen bestimmter Gruppen von Kindern abzubauen, so daß für alle optimale Bedingungen der persönlichen Entwicklung und Entfaltung geschaffen werden. Zweitens umfaßt eine Politik für Kinder die Abwehr von Maßnahmen, welche die Qualität der Lebensverhältnisse der Kinder verschlechtern. Drittens bedeutet eine Politik für Kinder die Aufklärung der Öffentlichkeit über allgemeine und besondere Bedürfnisse von Kindern.

3. Da die bisherige historische Erfahrung, auch solche mit Alternativen, gezeigt hat, daß in unserem Kulturbereich die Familie diejenige soziale Institution ist, die potentiell die beste Lebensumwelt für Kinder zu schaffen vermag, und da Eltern potentiell am besten die umfassende Verantwortung für die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen Kindes wahrzunehmen vermögen, besteht ein erstes Ziel einer Politik für Kinder darin, den Familien bzw. Eltern Voraussetzungen zu schaffen, damit sie auch aktuell diese Aufgaben optimal erfüllen können. — Dabei ist realistischerweise dem Umstand Rechnung zu tragen, daß es eine Viel-
falt von Familienformen gibt, in denen die Verantwortung von Eltern für Kinder verbindlich und umfassend wahrgenommen werden will und kann; insbesondere gehören dazu alleinstehende Mütter und Väter.


5. Organisatorisch betrachtet, setzt darum eine Politik für Kinder Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen voraus:


b) Seit jeher werden wichtige Aufgaben im Bereich der Politik für Kinder von freien Trägern aller Art durchgeführt. Diese private Initiative ist eine wichtige Voraussetzung, um die Vielfalt des Angebots zu wahren, die wiederum ein notwendiges Korrelat des Pluralismus und letztlich des Rechts auf Individualität darstellt. Überdies werden durch die Tätigkeit der freien Träger die Kosten niedriger gehalten, weil ihre Mitarbeiter Leistungen oft unentgeltlich erbringen bzw. weil die Eigenbeteiligung gefördert wird.


7. In bezug auf aktuelle Probleme gilt beispielsweise:


Eine bloß ökonomisch motivierte, an quantitativer Nachwuchssicherung orientierte Bevölkerungspolitik verkennt den elementaren Zusammenhang zwischen immateriellen Motiven des Kinderwunsches und der elterlichen Bereitschaft, die für eine gute kindliche Entwicklung unumgänglichen Verzichte auf sich zu neh-

Die Chancen, für das politische Ziel „Kindeswohl“ hohe Priorität zu erreichen, sind in unserer Gesellschaft ungünstig. Das liegt zum einen am bereits erwähnten Querschnittscharakter der Probleme; zum anderen sind Kinder eine Bevölkerungsgruppe, deren Wählerstimmen erst dann zählen, wenn sie zu dieser Gruppe nicht mehr gehören und die Erfahrungen der Kindheit ins Vorbewusste gesunken sind. Zudem ist mit Bedenken zu rechnen, daß das Postulat einer Politik für Kinder unter dem Deckmantel staatlicher Vor- und Fürsorge einen weiteren Zugriff des Staates auf die Privatsphäre seiner Bürger legitimieren solle.


Anmerkungen


232


